

KAI GAUSELMANN begrüßt den Vorstoß von Verkehrsminister Thomas Webel für eine Ausweitung des Alkoholverbots am Steuer.



Erst denken, dann starten

In der Bundesregulierungsrepublik Deutschland ist wohl kaum ein zweiter Bereich so umfassend geregelt wie der Straßenverkehr. Die Palette reicht von mitzuführenden Warnwesten bis zu Geschwindigkeitsbegrenzungen nur zu bestimmten Zeiten. Es ist, als säßen Kleinkinder am Lenker, denen man stets und überall sagen muss, was sie tun und lassen sollen. Leider benehmen sich manche von uns genau so, etwa wenn sie diese putzigen Schilder mit der schwarzen Zahl und dem roten Rand als eine Art unverbindliche Tempoempfehlung auffassen - und ungerührt weiter Gas geben. Das geht manchmal gut, manchmal aber

eben nicht. Besonders oft leider im Fall von jungen Fahrern bis 25 Jahren. Sie sterben überproportional oft in den Trümmern ihrer Autos. Es ist richtig, wenn die Landespolitik sich dieser Gruppe besonders widmet und neue Wege der Prävention sucht.

Der Vorstoß von Landes-Verkehrsminister Thomas Webel (CDU) für eine Ausweitung des Alkoholverbots ist da nur eine Facette, verdient aber Unterstützung. Es wäre eine gute Regelung. Nicht betrunken zu fahren ist ein Gebot der Vernunft. Diese fährt aber nicht bei jedem mit. *Seiten 1 und 3*

Den Autor erreichen Sie unter: kai.gauselmann@mz-web.de

HANS-JÜRGEN GREYE rät im Umgang mit dem EHEC-Problem ganz einfach zu mehr Gelassenheit.



Extreme

Jetzt also Uelzen und die Sprossen. Auf der Suche nach der EHEC-Quelle gibt es eine neue heiße Spur. Zuvor mussten Spaniens Gurkenfelder, das Hamburger Hafenfest und zuletzt sogar die Biogasanlagen dafür herhalten. Vielleicht gibt es nun Klarheit. Vielleicht ist Schluss mit dem Rätselraten, mit der Verunsicherung. Und auch mit dubiosen Verschwörungstheorien. Im Internet wird nämlich munter über einen Terroranschlag spekuliert und vom Fäkalien-Dschihad geredet.

Es ist eigentlich wie immer: Wir lieben die Extreme. Den Bio-Angriffs-Fanatikern stehen jene gegenüber, die mit Verweis auf BSE, Schweinepest und Vo-

gelgrippe fragen: Wo sind sie geblieben? Ihr Urteil: Da wird wieder eine Sau durchs Dorf getrieben.

Und wirklich? Wirklich gibt es eine Epidemie mit schweren Krankheitsverläufen und Toden. Die Zahl der Erkrankten ist in den letzten Tagen gestiegen, gemessen an der Einwohnerzahl ist sie freilich verschwindend gering. Eine ernste Sache, gewiss. Besorgniserregend allemal. Aber eben auch Alltag. Gefährliche Keime - dessen können wir sicher sein - wird es immer wieder geben. Deshalb ist Obacht geboten. Aber auch ein großes Maß an Gelassenheit.

Den Autor erreichen Sie unter: hans-juergen.greye@mz-web.de

ANDREAS MONTAG meint, dass der Evangelische Kirchentag in Dresden ein Erfolg war und lange nachwirken wird.



Auf der Höhe der Zeit

Dresden war ein Erfolg, kein Zweifel. Und zwar nicht nur für die evangelischen Christen, sondern auch für die Wahrnehmung der Normalität, die im vereinten Deutschland eingezogen ist. Das ist die erste der beiden Kernbotschaften, die dieser Kirchentag ausgesendet hat. Sie werden lange nachwirken.

Dass sich die Protestanten zu großen Bundestreffen versammeln, ist gute Tradition. Alle zwei Jahre tun sie das und verwandeln die jeweils gastgebende Stadt in einen Ort des Gebets und der öffentlichen Mitsprache. Aber nun war eben Dresden an der Reihe und prompt wurde vorab darüber orakelt, ob

denn der vermeintlich gottlose Osten als Heimstatt für den Kirchentag taugen könnte. Allein die Zahl der angemeldeten Teilnehmer, die aus allen Teilen der Republik angereist waren, hat für sich selbst gesprochen. Und gewiss haben auch viele „Zaungäste“ von den Diskussionsangeboten im Freien profitiert.

Dabei konnten sie erleben, dass Christen fest im Glauben stehen, aber auf dieser Basis auch sehr politisch sind. Klare Ansagen zu mehr Bürgerbeteiligung, zu Transparenz und Toleranz sind gehört worden. Das ist die zweite Botschaft. Auch sie ist auf der Höhe der Zeit. *Seite 5*

Den Autor erreichen Sie unter: andreas.montag@mz-web.de

LESERBRIEFE

Zu „Plötzlich wieder DDR-Bürger“ und „Ministerin blockt SPD-Antrag ab“ vom 28. Mai erreichten die Redaktion folgende Lesermeinungen:

Weil ich die DDR nicht mehr ertrug und in einem Rechtsstaat selbstbestimmt leben wollte, saß ich von 1981 bis 1983 mit meinem 20-jährigen Sohn in Stasi-Haft. Freigekauft 1983, erfüllte uns Hoffnung, Dankbarkeit und damals noch Begeisterung für den freiheitlichen Rechtsstaat. Heute 2011: Statt Begeisterung fühle ich ungläubiges Entsetzen; man hat uns klammheimlich und nachträglich der DDR wieder einverleibt. Die Zusicherung der Rente bei unserer Eingliederung wurde uns entzogen. Das ist nicht nur Betrug, das ist Rechtsbeugung und ein politischer Skandal. Wir werden nicht schweigen. Wir kämpfen um Rechts-

staatlichkeit. Wie sagte Angela Merkel: „Wenn ein Gesetz falsch wirkt, muss es geändert werden.“ **Ulrike Erler-Hammer, per E-Mail**

Die Bundesregierung ist dringend gefordert, wieder soziale Gerechtigkeit herzustellen und dem Antrag der SPD zu folgen. Wir erwarten das einfach, damit wieder Vertrauen geschaffen werden kann. Auch wir Betroffenen sind Wähler. **Bruni Hegemann, Weissach im Tal**

Die veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Kürzen von Leserbriefen vor.
Briefe an: Redaktion.Leserbriefe@mz-web.de

DARMINFEKTIONEN Niedersachsen hat eine heiße Spur bei EHEC-Ermittlungen. Behörden warnen die Verbraucher vor dem Verzehr von Keimlingen.

Sprossen unter Verdacht

HANNOVER/DPA/DAPD/RTR - Sprossen aus Niedersachsen könnten eine Ursache für den Ausbruch der schweren EHEC-Epidemie in Norddeutschland sein. Das teilte gestern Abend das Landwirtschaftsministerium in Hannover mit. Ein definitiver Labornachweis dafür fehlt aber bisher. Verursacher soll ein Betrieb aus dem Kreis Uelzen sein.

„Die Indizienlage ist jedoch so eindeutig, dass das Ministerium empfiehlt, derzeit auf den Verzehr von Sprossen zu verzichten“, hieß es in einer Mitteilung des Ministeriums. Definitive Aussagen könnten bis heute Nachmittag möglich sein, sagte Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU). Bis dahin soll geklärt sein, ob der EHEC-Erreger auf den Sprossen nachgewiesen werden kann.

„Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die mit dem EHEC-Erreger kontaminierte Ware bereits vollständig verarbeitet und verkauft wurde“, hieß es aus dem Ministerium. Lindemann sagte, eine Mitarbeiterin aus dem betroffenen Betrieb sei nachweislich an EHEC erkrankt. „Das ist für uns die plausibelste Erkrankungsursache“, sagte der Minister. „Zu allen Hauptausbruchsstellen lässt sich eine Verbindung herstellen.“

Bei den betroffenen Sprossen handelt es sich um solche, die aus verschiedenen Saatgutmischungen hergestellt wurden. „Die Sprossen wurden direkt oder über Zwischenhändler an Einrichtungen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Niedersachsen geliefert.“ Einige Sprossenmischungen, die nun als EHEC-Quelle im Verdacht stehen, kämen auch aus dem Ausland, sagte der Minister. Aus welchem Land genau, ließ er jedoch of-



Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) FOTO: DPA

fen. Der EHEC-Erreger könne in dem verarbeiteten Saatgut enthalten gewesen sein, aber auch über das versprühte warme Wasser auf die Sprossen gelangt sein. Von dem betreffenden Hof in Bienenbüttel im Kreis Uelzen stehen 18 Sprossenmischungen unter Verdacht.

„Zu allen Hauptausbruchsstellen lässt sich eine Verbindung herstellen.“

Gert Lindemann
Landwirtschaftsminister

Unter anderem handelt es sich um Bohnenkeimlinge, Brokkolisprossen, Erbsen- und Kichererbsensprossen, Knoblauchsprossen, Linsensprossen, Mungobohnenkeimlinge, Radieschen- und Rettichsprossen. Auch Sprossenmischungen wurden von dem Betrieb geliefert.

Der Betrieb, in dem das Saatgut in Trommeln mit Feuchtigkeit bei

38 Grad angezogen wird, wurde vorerst gesperrt. Die Sprossen seien zurückgerufen worden. Nach Angaben Lindemanns zeigt sich der Geschäftsführer des betroffenen Betriebes kooperativ. Der Betreiber habe auch keinen Anwalt eingeschaltet, nachdem der Betrieb gesperrt worden sei.

Der Betrieb habe die Sprossen unter anderem an einen Gasthof in Klein Meckelsen im Kreis Rotenburg (Niedersachsen), nach Lüneburg und an eine Kantine in Bochum geliefert, hieß es. Der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), Reinhard Burger, äußerte sich zunächst zurückhaltend, und verwies auf noch nicht vorliegende Befunde. Er gab die Zahl der Todesfälle, die bisher mit EHEC in Verbindung gebracht werden, gestern mit 21 an. Bundesweit seien inzwischen mehr als 1 500 EHEC-Fälle sowie mehr als 620 Erkrankungen am lebensbedrohlichen Hämolytisch-urämisches Syndrom (HUS) gemeldet worden.

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) besuchte gestern

DARMERKRANKUNG

Infektionen außerhalb Deutschlands

Stand: 4.6., 18 Uhr

Gesamt	HUS	EHEC
Schweden	46	31
Dänemark	18	11
Großbritannien	11	8
Frankreich	10	10
Niederlande	8	4
Schweiz	3	3
USA	2	0
Österreich	2	2
Polen	1	0
Norwegen	1	0
Spanien	1	0
Tschechien	1	0

HUS = Hämolytisch-urämisches Syndrom mit Nierenversagen und Hirnstörungen

gemeinsam mit Burger das Hamburger Universitätsklinikum, um sich vor Ort einen Überblick über die Versorgung der EHEC-Patienten zu verschaffen. Kritik am Krisenmanagement wies er zurück. „Ich habe miterlebt, wie die Mitarbeiter in den Behörden mit Hochdruck daran gearbeitet und frühzeitig die Bürger mit Transparenz informiert haben“, sagte Bahr. Trotz angespannter Lage gebe es in den Krankenhäusern keine dramatische Versorgungsprobleme. Zwar gebe es in einigen Krankenhäusern keine ausreichenden Kapazitäten für die Behandlung der EHEC-Infizierten. Dafür würden aber andere Krankenhäuser einspringen und Patienten übernehmen.

Die Opposition hatte von der Regierung die Einrichtung eines Krisenstabes gefordert und die Bundesregierung kritisiert. Im Zusammenhang mit der EHEC-Erkrankungswelle ist am Mittwoch ein Treffen der Gesundheits- und Verbraucherschutzminister von Bund und Ländern geplant. *Kommentar*

Mehr im Netz unter: www.mz-web.de/ehec

Träger von Krankmachern

Sprossen sind oft ein Grund für Infektionen.

BERLIN/DPA - Sprossen sind keimende Samen von Pflanzen. Am bekanntesten sind Sojasprossen, bei denen es sich um die Sprossen der Mungbohne handelt. Die Keimlinge sind reich an Eiweiß und Vitaminen und werden gerne als Rohkost verwendet.

Risikogruppen

Allerdings sind Sprossen auch immer wieder Grund für lebensmittelbedingte Infektionen, weshalb Gesundheitsbehörden seit langem vor rohem Verzehr warnen. Vor allem bestimmte Risikogruppen - dazu gehören unter anderem Kinder, Senioren, Schwangere und ge-

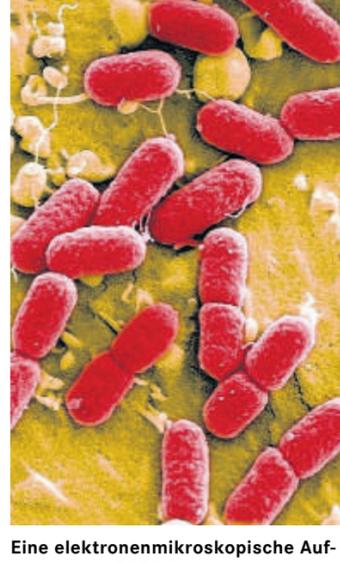
schwächte Menschen - sollen Keimlinge nicht roh essen.

Denn Sprossen können Träger von Krankmachern wie Salmonellen, Noroviren und eben auch EHEC sein. In Japan waren Sprossen vor Jahren Grund für einen EHEC-Ausbruch: Nach dem Verzehr von Rettich-Sprossen erkrankten dort nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mehr als 10 000 Menschen. Die Sprossen wurden demnach durch Rinder-Dung auf dem Feld verschmutzt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) stellte bei einer

Untersuchung fest, dass sich Keime in fertig verpackten Sprossen innerhalb weniger Tage stark vermehren und „am Ende des Verbrauchsdatums eine überdurchschnittlich hohe Keimbelastung für den Verbraucher darstellen“ können.

Verschmutzung durch Erde

Viele Menschen ziehen zu Hause Sprossen. Dort lauern mikrobielle Gefahren: Da die Keimlinge aus der Erde gezogen werden, besteht das Risiko, dass sie die Verschmutzung mit der Erde aufnehmen. Wenn möglich sollten Sprossen also durchgekocht werden.



Eine elektronenmikroskopische Aufnahme von EHEC-Bakterien FOTO: DPA



Inge Viett

Die ehemalige RAF-Terroristin Inge Viett (67) muss sich wegen Billigung von Straftaten vor Gericht verantworten. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben. Viett hatte am 8. Januar 2011 auf einer Podiumsdiskussion Brandanschläge auf Bundeswehrgeräte gerechtfertigt. Viett hatte der Rote Armee Fraktion angehört und 1981 in Paris auf einen Polizisten geschossen. Der Beamte wurde schwer verletzt und ist seither gelähmt. FOTO: DPA

ZEICHNUNG: BERNDT A. SKOTT

MEINUNGEN

Für und Wider zu kleineren Motoren

Zu „Minister schwört auf PS-Zwerg“, MZ vom 25. Mai:

Ich finde eine PS-Regelung für Fahranfänger durchaus sinnvoll. Ich selbst habe mit 75 PS angefangen und fand/finde diese auch nach drei Jahren Fahrerfahrung immer noch ausreichend. Ein Überholvorgang ist durchaus möglich, lässt mich aber auch merken, dass zu riskante Manöver doch zu gefährlich werden können. Auch eine flotte Fahrt auf der Autobahn ist drin. Für Stadtfahrten reicht der Motor erst recht aus.

Torsten Büchner, Halle

Aus meiner Sicht wäre eine Obergrenze der PS-Zahl auf 75 nicht sinnvoll. In meinen Augen würde dies sogar im schlimmsten Fall das Gegenteil bewirken. Es ist ja kein Geheimnis, dass einige Jugendliche aufgrund ihrer geringen Erfahrung und ihres Übermutes gefährliche Situationen oftmals unterschätzen. Und genau dies wird sich mit einer Obergrenze von 75 PS beim Auto wohl nicht ändern. Nun sind 75 PS zwar nicht wenig, aber könnten im Ernstfall die Beschleunigungszeit erhöhen und schnell mehr Gefahren verursachen. Andersherum sind 75 PS bei kleinen Autos auch genug, um mit hoher Geschwindigkeit Unfälle zu verursachen. Und viele Menschen

werden mir zustimmen, dass eine Autobahnfahrt mit geringer PS-Zahl auf Dauer sehr frustrierend ist. Wäre es nicht sinnvoll, wenn nach Bestehen der praktischen Fahrprüfung jeder im Laufe seiner zweijährigen Probezeit ein Fahrsicherheits-training besuchen müsste? Denn dort lernt man mit seinem Auto umzugehen, ob mehr oder weniger als 75 PS.

Sebastian Maurer, per E-Mail

Ein PS-Limit scheint im ersten Moment ein Versuch zu sein, auf politischer Ebene Radau zu machen. Doch die Frage ist wohl eher: Warum passieren denn die Unfälle? Ich kann mich auch mit einem 50-PS-Auto umbringen, wenn ich am Lkw nicht vorbeikomme und der Gegenverkehr kommt. Wäre es nicht sinnvoller, das Fahren mit 17 auszuweiten? Statistisch, wenn ich mich nicht ganz täusche, ist erwiesen, dass diese Fahrer weniger Unfälle verursachen. Warum zwingen wir nicht alle Fahranfänger zu einem begleitendem Fahren? Wann kommt endlich 0,0 Promille für alle? Warum wird eine Geschwindigkeitsüberschreitung von 20 km/h nur als Ordnungswidrigkeit geahndet? Sollten hier nicht strafere Grenzen und deren Kontrolle im Gesamtkontext mehr Nutzen bringen?

Robert Strauß, Greppin

Feierlaune vergangen

Zu „Ein Glaubensfest soll es sein“, MZ vom 31. Mai:

Als Christin kann ich zurzeit nicht feiern, wenn Mütter, Väter und Kinder in Afghanistan und in anderen Kriegsgebieten sterben. Alle sind unsere

Brüder und Schwestern, auch die Soldaten und Soldatinnen, die freiwillig in den Krieg ziehen. Sanftmut und Nächstenliebe hat Jesus vorgelebt und verkündet - nicht Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Helma Hampel, Landsberg

Unerhörter Vorwurf

Zu „Beirat unterstützt Stasi-Beauftragten“, MZ vom 25. Mai:

Ich finde es unerhört, dem Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Liebe zum Skandal vorzuwerfen. Wie kaum ein anderer hat sich Hubertus Knabe in zahlreichen Bü-

chern und Publikationen der schonungslosen Aufklärung der zweiten deutschen Diktatur gewidmet. Er beweist, wie die Unterdrücker von einst davongekommen sind und in Vereinen und in der Politik aktiv werden konnten.

Herlinda Todt, Zschornowitz

ONLINE-FORUM mz-web.de

Zu „Koalition genehmigt sich 45 neue Stellen“, MZ 31. Mai:

Das ist eine Frechheit. Die Verwaltung im Land ist chronisch überaltert, es werden Leute für teures Geld ausgebildet, danach lässt man sie gehen, und das alles auf Staatskosten.

Gerd Bernd, via mz-web.de

So bekommen die Kandidaten von SPD und CDU, die nicht gewählt wurden, wenigstens einen guten Job. Die haben dann fünf Jahre Zeit, Werbung für die nächste Wahl zu machen - und das alles auf Staatskosten.

Gerd Bernd, via mz-web.de

Warum die ganze Aufregung, meine Herren Kommentatoren? Ein Hof braucht einen Hofstaat, das war schon immer so und die Mächtigen haben immer schon Geschenke verteilt, an treue Gefolgschaften.

galkula, via mz-web.de

bleibt nur zu hoffen, dass die Opposition dieses Ganoven-

stück noch verhindern kann. Was muss da eigentlich der OB Zander von Köthen denken, der vor der Frage steht, entweder den Tierpark oder eine Bibliothek wegen fehlender Finanzmittel zu schließen?

Manfred-DE, via mz-web.de

Zu „Merkel verschläft Turbulenzen“, MZ vom 1. Juni:

So wehrt man sich wohl gegen Sall zu wagemutige Politikerinnen. Ein Grund wird dann noch nachgeliefert, und die iranische Führungsriege lacht sich ins Fäustchen.

wafro, via mz-web.de

In einer solchen Situation wird die Kanzlerin nicht geweckt?

hopser, via mz-web.de

www.mz-web.de/twitter
www.mz-web.de/facebook
www.mz-web.de/studivz oder
www.mz-web.de/meinivz

Außerdem können Sie unter jedem Text auf mz-web.de einen Kommentar schreiben.

Die schönsten Leserfotos: Frühlingshafte Natur



Birgit Kunze: Entdeckung im Garten



Ines Zeise: Kaktusblüten



A. Eisenbarth, Dessau-Roßlau: Badesaison eröffnet



Steffi Harder, Halle: Bienen im Pflaumenbaum

Träume und die Realität

MZ-SERIETEIL 8 Theater, Konzerte oder Urlaub können sich viele Rentner nicht mehr leisten.

VON ANNE BÖTTGER

ALLE MZ - Becken und Strecken ist ja Christa Hoppe eine der leibhaftigen Übungen. Mit Schwung schießt ihr linker Arm zur Decke, hält ihn dort eine Weile bis dann auch der andere Arm nach oben gestreckt ist. Dann kann sie beide baumeln lassen. Christa Hoppe schaut sich mit links. Flüstert sie aber an, irrt über nachzudenken, wie sie sich mal wieder einen Theaterbesuch gönnen kann, dann steht der

Mann an ihrer Seite hat. „Ohne meinen Mann würde es mir heute nicht so gut gehen“, sagt die 77-Jährige. Selbst hätte sie nur eine kleine Rente bekommen, ihr Mann aber bekommt sogar eine Zusatzversorgung. „Uns geht es gut“, sagt sie offen. Sie wisse aber auch, dass es besonders Alleinlebende - Frauen wie Männer - oft schwer haben, im Ruhestand über die Runden zu kommen. Urlaub, Theater oder Konzerte müssen auf der Strecke bleiben. Die Damen im Stuhl-



Die Rentenserie in der MZ bewegt viele Leser, uns zu schreiben. Sie teilen uns ihre Erwerbsgeschichte mit und äußern sich zu politischen Entscheidungen bezüglich des Rentenrechts in Ost und West.

Zu „Träume und Realität“, MZ vom 30. Mai, und zur gesamten MZ-Rentenserie:

Den Artikel zur Rente für Flüchtlinge und Übersiedler haben wir als Betroffene empört zur Kenntnis genommen. Die Blockadehaltung der Ministerin von der Leyen ist eine Unverschämtheit. Von der Öffentlichkeit unentdeckt, wurde nach der Wiedervereinigung die Eingliederung in das Rentensystem nach Fremdrentengesetz rückabgewickelt. Die Betroffenen wurden davon nicht in Kenntnis gesetzt. Wenn das Bundesarbeitsministerium Eingliederungshilfen als „Genuss“ bezeichnet und Häftlingen den Freikauf vorhält, ist das mehr als zynisch und menschenverachtend.

Eva und Reinhard Schwarz, per E-Mail

Als „Wessi“ wundere ich mich doch sehr über die bisher eingegangenen Meinungsäußerungen zum Thema „Rente“. Mir fällt auf, dass sich fast nur „Privilegierte“ zu Wort gemeldet haben, bei denen frühere Versorgungszusa-

gen nicht 1:1 übertragen wurden oder die den verspäteten Beginn des Betriebsrentensystems im öffentlichen Dienst im Rentengebiet Ost beanstanden. Wo bleibt „Otto Normalverbraucher“ mit seiner Rentenbiographie? Warum bleiben Stellungnahmen der heute 50- bis 60-Jährigen mit der Aussicht auf Minirenten aus? Denkt angesichts der stark unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Deutschland jemand in Richtung Übergang zu einem individuell netto-lohnbezogenen Rentensystem, das Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit wahrt?

Franz Gebhart, Bad Brückenau

Rentenversicherungsträger und Sozialgerichte berufen sich bei ihren Ablehnungen auf ein entsprechendes Urteil des Bundessozialgerichtes. Das hat aber versäumt, zu untersuchen, was mit dem Schlüsselbegriff „Ingenieure und Techniker“ in der 2. Durchführungsbestimmung (2. DB) gemeint war. Das war eben nicht die Sammelbezeichnung für die Träger der Berufsbezeichnungen „Ingenieur“ und „Techniker“, son-

dern die Bezeichnung für eine Berufsgruppe, der außerdem auch die diplomierten Naturwissenschaftler und andere hoch qualifizierte technische Berufe angehörten. Das wird nicht nur durch die damals noch gesamtdeutsche Sprachregelung der „Systematik der Berufe“, sondern auch durch eine Vielzahl anderer Dokumente aus der Entstehungszeit der 2. DB bewiesen. Die Sozialgerichte weigern sich aber seit zehn Jahren beharrlich, diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen.

Hagen Keßler, Freiberg

Danke für die Diskussion zur Rente. Meine Frage. Die Zusatzversorgung der Intelligenz greift nicht: Hochschullehrer werden rentenrechtlich wie Angestellte behandelt. Ändert dieses sich mal?

Waltraut Ladensack, Halle

Ich bin auch in so einem Verein der geschiedenen Frauen der DDR. Seit 1994 kämpfe ich für die Geschiedenenrente. Ich frage mich: Warum bekommen die Frauen in den alten Bundeslän-

dern die Geschiedenen-Witwenrente und wir Frauen in den neuen Bundesländern nicht? Ich habe 40 Jahre gearbeitet und sechs Kinder geboren und großgezogen, dies soll erst einmal eine Frau in den alten Bundesländern machen.

Rosemarie Raap, Thale

Als promovierter Chemiker arbeitete ich in leitender Funktion auf dem Gebiet der Wirkstoffforschung im CKB. Auch ich hatte zum Thema Intelligenzrente nach der Wende mehrere Anträge gestellt, die alle mit Hinweis auf die geltenden Gesetze von 1951 abgelehnt wurden. Die Ungleichbehandlung gegenüber den ingenieurtechnischen Berufskollegen, denen eine Zusatzrente erteilt wurde, empfinde ich als schreiende Ungerechtigkeit.

Dr. Kurt Götzschel, Roitzsch

Die veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Kürzen von Leserbriefen vor. Briefe und E-Mails bitte mit vollem Namen und Postanschrift versehen.

MEINUNGEN

Kopfschütteln

Zu „Koalition genehmigt sich 45 neue Stellen“, MZ vom 31. Mai:

Die Minister des Landes Sachsen-Anhalt schaffen 45 zusätzliche Stellen in der Führungsebene. Sie bringen dafür aber keine stichhaltigen Argumente, sondern: Die Minister brauchen Leute, denen sie vertrauen können. Dann brauchen sie aber keine zusätzlichen Stellen, sondern müssen gleichzeitig die Leute feuern, denen sie nicht vertrauen können.

weiter. Den Kommunen verordnen sie Personalabbau. Wir haben uns aus heutiger Sicht schon „kaputt“ gespart oder stehen kurz davor. Da gibt es das Sprichwort: „Wasser predigen und Wein trinken“.

Hans Hubert Schulze, Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Schnaudertal

Das ist doch für den normalen Bürger der blanke Hohn, dass 45 gut dotierte Stellen geschaffen werden als Helfer für die Minister. Da ist doch mal wieder was faul. Es herrscht in unserem Land großer Stellenabbau, besonders im Sozialbereich, und dann erfährt man so etwas. Zum Beispiel in Köthen werden wegen fehlender Mittel und leerer Stadtkasse die Bibliothek und der Tierpark geschlossen. Da fragt man sich, wo die Landesregierung ihre geheimen stillen Reserven hernimmt.

Karin Strutz, Wettin-Löbejün

Michael Schmidt, Hedersleben

Mit dem Blick auf den kommunalen Haushalt der Gemeinden, die überwiegend finanzielle Defizite ausweisen, und der ständig steigenden Belastungen unserer Bürger bei gleichen Löhnen und Renten in den letzten Jahren, sind die 45 neuen Stellen gleichzusetzen mit 45 Schlägen ins Gesicht der Wähler; 45 Schlägen ins Gesicht der überwiegend ehrenamtlichen Bürgermeister; 45 Schlägen ins Gesicht ihrer bediensteten Polizisten und Lehrer und so

Verschuldet wie kein anderes Bundesland, und dann solche unverständliche Entscheidungen für immerhin vier Millionen Euro pro Jahr. Die Kommunen haben kein Geld, die Stadt Halle schaltet die Wasserspiele und die Straßenbeleuchtung ab, die Polizei fährt mangels Benzin weniger Kfz-Streifen, aber das Land mit Herrn Haseloff und Herrn Bullerjahn an der Spitze leistet sich eine Erhöhung der Verwaltung. Das ist für mich und sicherlich viele andere Bürger völlig unverständlich.

Werner Zimmermann, Halle

Tiefschlag für alle Kameraden

Zu „Feuer bei der Feuerwehr“, MZ vom 31. Mai:

Die Querelen im Landesfeuerwehrverband machen mich als langjähriges Mitglied einer Ortsfeuerwehr sehr betroffen. Dieses Gezerre um irgendwelche Leitungsfunktionen und deren unkorrekte Ausführung, in welcher Form auch immer, sind ein Tiefschlag für alle Kameraden, die in ihrer schon knapp

bemessenen Freizeit ihren Dienst zum Wohle und zum Schutz unserer Bevölkerung versehen. Diese im Artikel benannten Missstände sind doch nicht neu. Deshalb begrüße ich es sehr, dass der neue Innenminister das Problem erkannt hat und, seiner Pflicht entsprechend, die dementsprechenden Maßnahmen zur Aufklärung eingeleitet hat.

Gerhard Oertel, Radisleben

ONLINE-FORUM mz-web.de

Zu „Ministerin Wolff will Kohle“, MZ vom 2. Juni:

Eine Volkswirtschaft wie Deutschland muss aber autark sein. Prima, also die Uhr locker einige hundert Jahre zurückdrehen. So kommt Sachsen-Anhalt dann irgendwann in der Bundesrepublik an! Politiker eben ...

Wittenzweg, via mz-web.de

Da hat die Ministerin ja mal wieder den Vogel abgeschossen und bewiesen, dass sie einfach nicht verstanden hat, wozu es überhaupt geht. Es geht beim Atomausstieg darum, umweltfreundliche Alternativen auszubauen. Braunkohle ist eine der unsaubersten Energiequellen überhaupt und passt daher nicht in dieses Konzept. Aber Hauptsache mal wieder Lobbyarbeit machen, die nächste Wahlkampfspende ist damit gesichert.

elbbmd, via mz-web.de

gen, aus denen wiederum nur die altbekannten Großkonzerne ihren Nutzen ziehen können. Sonnenenergie? Sachsen-Anhalt soll diese revolutionieren. Gleichzeitig werden die Förderungen drastisch zurückgefahren. Einzig die Lebensmittelverbrennung erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Es ist eine Linie zu erkennen: die der Unstetigkeit und Sinnlosigkeit. Verunsicherung wird groß geschrieben. Mit Nachhaltigkeit und vorausschauender Energiepolitik hat das nichts zu tun.

RalfGentemann, via mz-web.de

Zu Infektionsquelle des EHEC-Bakteriums:

Gestern Gurken, heute Biogas, und morgen? Biogas ist total abwegig, da der Witz an einer Biogasanlage die anaerobe (ohne Luft) Vergärung der Biomasse ist, das heißt, diese Bakterien halten es an der Luft nicht lange aus.

Franz Hose, via mz-web.de

www.mz-web.de/twitter www.mz-web.de/facebook www.mz-web.de/studivz oder www.mz-web.de/minivz

Außerdem können Sie unter jedem Text auf mz-web.de einen Kommentar schreiben.

Word search puzzle grid with various words hidden in letters. Includes a small image of a person and a logo.

Ministerin blockt SPD-Antrag ab. Union fürchtet weitere Begehrlichkeiten. Text by Markus Decker. Includes a small image of a building.



Viele Leser sehen in der Zuerkennung von Rentenansprüchen Diskussionsbedarf und schreiben ihre Meinung.

Zu „Ministerin blockt SPD-Antrag ab“, MZ vom 28. Mai, und zur MZ-Rentenserie:

Vielen Dank für den Beitrag, der den Betrug an den Übersiedlern der ehemaligen DDR dokumentiert. Auch meine Frau und ich sind betroffen. Wir hoffen, dass die Politiker diesem Unrecht ein Ende machen.

Hans-Jochen Specht, per E-Mail

Vielen Dank, dass Sie sich das Thema Fremdrengengesetz zu Eigen gemacht haben. Auch ich bin betroffen. Habe von Oktober 1989 bis Oktober 1990 in den alten Bundesländern gewohnt. Nach der Wiedervereinigung bin ich zurück nach Thüringen und habe bis zur Rente dort gearbeitet. Neben der Aberkennung der Berechnung der Rente nach FRG wurde mir auch die vorher zugesagte Intelligenz-Zusatz-Rente nicht anerkannt, weil ich zum Zeitpunkt 30. Juni 1990 noch meinen Wohnort in Karlsruhe hatte.

Wolfgang Walz, Weimar

gungen durch den DDR-Unrechtsstaat bezahlen mussten, durch das bundesdeutsche Rentenrecht heute wieder bestraft werden, ist schlimm und unserem Rechtsstaat unwürdig. Dass sich aber heutige Politiker nicht entblöden, das zwischen der DDR und der Bundesrepublik durchgeführte Freikaufverfahren von politischen Häftlingen gegen deren Rentenansprüche aufzurechnen, ist eine boshafte Beleidigung und ein Schlag ins Gesicht derer, die der kommunistischen Diktatur am eindeutigsten widerstanden.

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

Die Haltung einiger Spitzenpolitiker zu diesem Thema lässt mich an deren Kompetenz zweifeln, oder sind ihre Ministerien und Beratergremien durchsetzt von alten SED-Anhängern beziehungsweise „Blockflötchen“? Neben den eigentumsrechtlichen Aspekten (Fremdrengent-Anerkennungsbescheid wurde gegeben), die der zurzeit praktizierten Rentenregelung entgegenstehen, möchte ich auf Gründe hinweisen, die zur Anerkennung der Fremdrengentregelung für DDR-Flüchtlinge und -Aussiedler führten: Aufgrund

ihrer systemkritischen Haltung wurde ein großer Teil dieser Personen behindert in der beruflichen Entwicklung und damit auch Entwicklung des Lohnes. Der Abschluss von Zusatzrenten-Verträgen wurde als Politikum gewertet. DDR-Flüchtlinge und -Aussiedler wurden bis 1990 von der DDR ausgebürgert und deren recht zweifelhafte Rentenansprüche gelöscht. Ich hoffe, dass Sie durch diesen Artikel einige der Verantwortlichen zum Prüfen der Entscheidungen veranlassen werden.

Wolf Goetze, Gröbenzell

Mit welcher Begründung stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Abrede, „dass den Betroffenen überhaupt finanzielle Verluste entstehen“? Uns sind Verluste entstanden. Frau von der Leyen muss wissen, dass wir schon zu einer Zeit in der Bundesrepublik gekommen sind, als von einer Wiedervereinigung nur geträumt werden konnte. Und mit der Eingliederung, für uns im Jahre 1983, war die Berechnung der Rentenansprüche nach dem Fremdrengengesetz verbunden. Darauf haben wir vertraut und unsere Lebensplanung auf diesen Zusagen aufgebaut. Auch wir können Gegenrechnungen

aufmachen. Mit welcher Begründung haben denn ehemalige Angehörige der Stasi oder des Partei- und Staatsapparates der DDR Ansprüche aus ihren damaligen Zusatzversorgungssystemen sichern können?

Hans-Burkhart Endter, Iserlohn

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion ist eine sehr ausgewogene Sache. Eigentlich könnte sich kein vernünftiger Mensch entziehen. Bei den sogenannten „Gegenargumenten“ empört es mich besonders, dass bei der Beseitigung von bestehendem Rentenunrecht irgendjemand aus dem Ministerium von Frau von der Leyen auf die ungeheuerliche Idee kommt, Freikauf von politischen Häftlingen mit Rentenansprüchen gegenrechnen zu wollen. Die Ministerin sollte sich schnellstens von solchen Äußerungen distanzieren oder aber, falls es ihre eigene Meinung ist, die politische Verantwortung dafür übernehmen.

Hans-Ulrich Schirmer, Großenluder

Die veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Kürzen von Leserbriefen vor. Briefe und E-Mails bitte mit vollem Namen und Postanschrift versehen.